

Preußen.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

10. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (15. Febr.).

Eröffnung 10 Uhr 20 Minuten. Die Tribünen sind schwach besetzt. Am Ministertische Graf Ikenpflüg und v. Bodelschwingh.

Nach kurzen geschäftlichen Mittheilungen erteilt der Präsident vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort dem Minister v. Bodelschwingh. Auf allerhöchste Ermächtigung lege ich dem Hause einen Gesetzentwurf vor, betr. die Regelung von Marksteinen, beabsichtigt die trigonometrischen Messungen für die sechs städtischen Provinzen. Der Gesetzentwurf behandelt einen Gegenstand, der eigentlich geringfügig zu nennen ist, doch aber der gesetzlichen Regelung bedarf. Es ist darin festgesetzt, daß das Betreten derjenigen Grundstücke, auf welchem Marksteine gelegt werden sollen, von deren Besitzern gegen Entschädigung für eventuelle Beschädigungen gestattet werden muß; daß ferner derjenige Theil der Grundstücke, auf denen die Marksteine liegen, gegen Entschädigung des vollen Wertes in das Staatsvermögen übergehen und daß endlich, um den Werth der kleinen erforderlichen Stücke Bodenfläche festzustellen, bei der Geringfügigkeit der Angelegenheit keine besondere Abschätzungs-Kommission ernannt, sondern als Kaufsumme der 14fache Katastral-Reinertrag angenommen werden soll. Was die Behandlung des Entwurfs anbetrifft, so glaube ich, daß derselbe an die Justiz-Kommission, event. auch an die Agrar-Kommission zu überweisen. Das Haus beschließt, den Entwurf der vereinigten Justiz- und Agrar-Kommission zu überweisen.

Minister Graf Ikenpflüg: Der Herr Präsident hat die Güte gehabt, der heutigen Tages-Ordnung die Bemerkung hinzuzufügen, daß der die Bank-Ordnung betreffende Gesetzentwurf demnächst zur Beratung im Plenum gelangen werde. Bei der Dringlichkeit der Angelegenheit erlaube ich mir an den Hrn. Präsidenten die Frage zu richten, ob er vielleicht in der Lage ist, schon jetzt bestimmt zu sagen, in welcher Sitzung die Beratung vorzunehmen werde, oder ob die Tages-Ordnung gestattet, daß dies noch in der heutigen Sitzung geschieht.

(Wiederholter Ruf: Nein!)
Präsident Grabow: Ich habe hierauf zu bemerken, daß die Beratung heute nach der Geschäfts-Ordnung nicht möglich ist, da der gedruckte Bericht sich vier Tage vorher in den Händen der Abgeordneten befinden muß. Die Tages-Ordnung zur nächsten Sitzung wird erst am Schlusse der heutigen Sitzung festgestellt, und ich werde vorschlagen, den Entwurf über die Bank-Ordnung für die Tages-Ordnung vom Sonnabend aufzunehmen.

Das Haus geht nunmehr zur Tages-Ordnung über, zur Fortsetzung der gestern vertagten General-Discussion über den Coalitions-Antrag. Zunächst hat das Wort der

Abg. v. d. Seydt. (Der Redner, der anfangs schwer verständlich ist, fährt zunächst aus, daß im Prinzip die sämtlichen Amendements übereinstimmen, daß jedoch der Ursprung des den Anträgen zu Grunde liegenden Gedankens weniger im Arbeiterstande als in Personen zu suchen sei, die außerhalb desselben stehen. — Dann fährt er fort.)

Unsere Gesetze sichern sowohl den Arbeitgebern als den Arbeitnehmern die Möglichkeit der Aufhebung des bestehenden Vertragsverhältnisses mit kurzer Kündigung und in näher präzisirten Fällen, wo eine schnellere Lösung billig erscheint, auch diese. Diese Freiheit hat bisher vollkommen ausgereicht, die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in billiger Weise zu versöhnen. Nicht minder als in England hat sich der Segen dieser naturgemäßen Verständigung auch in Preußen in einer fortwährenden, ruhigen Erhöhung der Löhne zu erkennen gegeben. Bei genauer Vergleichung wird sich auch die allmähliche Steigerung der Löhne in Preußen vielleicht noch bedeutender herausstellen als in England. Zu keiner Zeit hat der Arbeiterstand sich einer ungünstigeren Lage zur Verwertung seiner Arbeit zu erfreuen gehabt. Dabei ist das Vereinsrecht der Arbeiter, soweit nicht die Tendenz des Strafgesetzes zuwiderläuft, durch die Verfassung gewährleistet. Worin liegen nun dem gegenüber die vermeintlichen Segnungen der Aufhebung der betreffenden Verbotbestimmungen? Soll ich auf die völlige Resultatlosigkeit der Strikes in England hinweisen, auf den namenlosen Jammer der feiernden Arbeiter, der durch den hinzutretenden Ruin der Arbeitgeber nur noch gesteigert wird? Von der einen Seite sagt man uns nun: wir wollen keine Strikes, wir wollen das gerade Gegenteil davon, und von der anderen Seite: die Auslosigkeit der Strikes müsse der Arbeiterstand an seinem Schaden erst kennen lernen. Zum Verständniß der Argumentation meiner conservativen Freunde habe ich in dieser Sachfrage nicht gelangen können.

Sie (zur Rechten gewendet) versprechen dem Arbeiter Staatsunterstützungen und übersehen, daß noch überall das Vertrauen auf fremde Unterstützung als das lähmendste Hemmnis der Selbstthätigkeit sich erwiesen hat (Grabow). Sie vergleichen eine solche Unterstützung mit den so ganz und gar davon verschiedenen Zinsgarantien, bei denen es doch nicht darauf ankommt, eine meines Erachtens staatswirthschaftlich verwerthliche Unterstützung zuzuwenden, sondern die Ermöglichung eines im öffentlichen Interesse sachlich erforderlichen Unternehmens zu sichern. Sie verweisen auf die Autorität des Kaisers Napoleon und vergessen dabei die große Verschiedenheit unserer Zustände mit einem Regiment, das seine Sitten in den Massen suchen und finden muß.

Das Alles ist aber nur die eine Seite der Frage. Eben so gebieterisch fordert in meinen Augen das Interesse der öffentlichen Ordnung die Aufrechterhaltung der bestehenden Bestimmungen. — Ich schweige von den Gefahren allgemeiner Arbeitseinstellungen für die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Die Ereignisse des Jahres 1848 stehen Allen noch in frischer Erinnerung. — Wenn Sie nicht ein, daß die betreffenden Gesetze in dem Jahre 1848 nicht vermocht haben, die Arbeitseinstellungen abzuwenden. Wollen Sie die Verbrechen straflos erklären, weil trotz der Strafgesetze dasselbe Verbrechen immer wieder und wieder begangen wird? Möge man doch nicht glauben, daß man die Bewegung, wenn sie einmal begonnen, nach Belieben lenken und aufhalten kann! — Die Worte eines der Herren Redner, der die Einbringung des gegenwärtigen Antrages als eine Concession gegenüber der Höhe der Bewegung motivirt hat, zeigen, daß sie ihren Leibern schon jetzt über den Kopf gewachsen ist. Ein eigentümliches Verhängnis hat geschworen, daß die erste Wirkung dieser Bewegungen sich gegen einen der entschiedensten Vorkämpfer für die Aufhebung der beschränkenden Bestimmungen des Coalitionsrechtes gewandt hat; eine Erregung, deren Entstehen und Fortgehen ich unter entschiedenem Mißbilligung beobachtet habe, scheint ihrem Ende nahe zu sein. Man sehe aber in diesem Vorgange eine Warnung und lerne aus der Geschichte der socialen Bewegungen, daß so häufig die Leiter derselben zuerst zum Opfer fallen. — (Grabow).

Auf den Antrag des Abg. Müller-Königsberg wird der Schluß der Debatte angenommen und es erhalten nur noch das Wort der Abg. Schulze als Antragsteller und Dr. Ziegert als Referent.

Abg. Schulze: Mein unmittelbarer Vorgesetzter hat die Stellung der beiden sich hier gegenüberstehenden Parteien, der Herren Conservativen und der liberalen Majorität dahin charakterisirt, daß die eine das Coalitionsrecht wolle mit der Bedingung, daß man es wenigstens in Strikes, die doch den nächsten Zweck desselben bedeuten, ausüben, während die andere von ihm sich eigentlich keine Wirksamkeit verspreche, sondern nur meine, die Arbeiter sollen durch ihren Schaden dabei flug werden. Das heißt denn doch der Sache Gewalt antun. Die stenographischen Berichte werden bekunden, daß ich und meine Freunde unbedingt die große Wirksamkeit des Coalitionsrechtes für den Arbeiter ausgeführt haben. Ich und mein Freund Löwe haben geltend gemacht, daß wenn auch ein Strike in einzelnen Fällen gegen die Arbeiter unmittelbar ausfällt, im Ganzen doch schon das Vorhandensein des Coalitionsrechtes auf Seiten der Arbeiter ganz entschieden günstig auf die Lohnhöhe wirkt. Ich habe ferner bemerkt, daß Coalitionsrecht werde freilich nicht die naturgesetzliche Wirkung der Bestimmung über Arbeitslöhe hindern, die großen wirthschaftlichen Gesetze würden sich stets in der Regulirung des Lohnes bewahrheiten, aber es befähige den Arbeiter, bei günstigen Conjunctionen dieselben wahrzunehmen.

Es ist ferner erwähnt: wir hätten Strafgesetze gehabt und dieselben hätten sich in den Jahren 1858 und 49 nicht einmal als ausreichend erwiesen, sie müßten also als im Interesse der öffentlichen Ordnung aufrecht erhalten werden. Dies ist eine eigentümliche Deduktion. Wenn die Gesetze gerade dann, wenn wir sie gebrauchen, in den Zeiten der Erregung der arbeitenden

Klassen nicht ausreichen, was sollen sie dann in ruhigen Zeiten, für die sie nicht gemacht sind und in denen sie keinen Werth haben? dann wird man unterjochen müssen, ob die Ursache nicht in der Wurzel der Gesetze selbst liegt, ob sie nicht deswegen so wenig Wirkung äußern, weil sie dem Rechtsbewußtsein des Menschen Hohn sprechen, und bewahrt sich dies, dann haben wir um so mehr Grund zu ihrer Aufhebung. (Sehr wahr!) — Ich beginne nun, mich zu dem zu wenden, was der Herr Abgeordnete für Neustettin über die Stellung seiner Partei zu der socialen Frage gesagt hat. Er hat bei diesen Ausführungen persönlich und sachlich mich ganz besonders bedacht und wenn ich zunächst die persönlichen Angriffe ins Auge fasse, so bitte ich dies um so mehr zu entschuldigen, als dieser persönliche Theil mit dem sachlichen in engem Zusammenhange steht.

Im übrigen ist es wirklich ein Uebermaß der Anerkennung, für das ich ihm, auch wenn er es gegen seinen Willen gegeben hat, danken muß, wenn der geehrte Abgeordnete für Neustettin erklärt, daß allein der Umstand, daß ich einen Antrag unterzeichnet habe, das allein mein Name genügt, um ihn und seine Freunde zu verdammen, gegen diesen Antrag zu stimmen. Meine Herren! Ich glaube allerdings, nie etwas gethan zu haben, was den Sonderinteressen, welche jene Herren betreten, förderlich gewesen ist, und ich verspreche ihnen auch, für die Zukunft in dieser Richtung zu beharren, aber dieselbe Verdamnung, die gegen mich ausgesprochen worden ist, ruht noch auf mehreren hundert andern Schultern, und Sie, meine Freunde, (zur Majorität des Hauses sprechend) werden sich schon gefallen lassen müssen, mir einen Theil des Compliments abzunehmen, das der verehrte Abgeordnete für Neustettin mir gemacht hat.

Ich komme nun zu der wunderlichen Behauptung, die in Betreff der angeblich der Fortschrittspartei abgenommenen Hintermänner aufgestellt worden ist. Ich bezaure, derselben widersprechen zu müssen, denn die Hintermänner, welche ins feudale Lager gelaufen sind, haben in der That nie zur Fortschrittspartei gehört. Zwischen sind uns Mittheilungen zugegangen, die mich veranlassen mußten, den Herren Conservativen zu empfehlen, sich wohl umzu-sehen, ob sie an diesen angeblichen Ueberläufern selbst Hintermänner genommen haben. Auf die Angriffe, die gegen meine Person und Stellung selbst gerichtet sind, möchte ich kaum eingehen. Es ist nicht zu leugnen, die Herren haben in der feudalen Presse eine Organisation, gegen die andere Parteien nach einer Richtung hin wenigstens nie aufkommen können. Gewisse bezahlte Scribenten und Lohnschreiber, die wie eine sauber abgerichtete Meute auf uns gehetzt werden, die mit Lügen und Verleumdungen... (Unruhe und Unterbrechung rechts, lauter Beifall links, indem die nächsten Worte verhallen)... die können allerdings einen großen Lärm verursachen, aber wer sie scheut, der müßte überhaupt auf eine öffentliche Thätigkeit verzichten. Ich meinerseits habe stets mit Frundsberg gedacht: Viel Feind, viel Ehr! Ich bin mit meinen Organisationen den Herren stets am meisten im Wege gewesen und da sie nicht widerlegen können, so schimpfen sie; was können sie anders auch thun.

Wir haben inzwischen unheimlich unsern Weg verfolgt; aus den Hunderten der Anhänger unseres Prinzips sind Hunderttausende geworden, und was auch etwas sagen will, es ist uns schließlich selbst gelungen, die Anerkennung der Staatsregierung zu erringen; aber, m. H., man erkennt uns freilich nur an, weil man es muß. Ich stehe hier nicht nur für meine eigene Person, ich verrete ein Prinzip, das sich Bahn gebrochen hat bis nach Alexandrien in Egypten und bis nach Odessa in Rußland. In ganz Norditalien bestehen Organisationen nach unserm Prinzip, nach Deutschland wenden sie sich, um sich Rath zu erholen, und wenn unser großes Vaterland eine politische Stellung in Europa noch nicht wiedergewonnen hat, wenn uns als Nation unsere Organisationskraft unter den europäischen Völkern verloren gegangen ist, nun, m. H., so ist es doch immerhin etwas, daß der deutsche Geist nach einer Richtung hin, daß er in der socialen Frage praktisch geworden ist, und weit über Deutschlands Grenzen hinaus Anregung giebt und thätig ist. Das ist eine Thatfache, an der sich das Nationalgefühl aufrichten kann, und ich, m. H., fühle noch keine Decadence in meinen Bestrebungen; der geehrte Abgeordnete für Neustettin aber wird sich Glück wünschen können, wenn er es in seinem Leben einmal so weit gebracht haben wird, von seinen Bestrebungen dort sprechen zu machen, wo die unfruchtbar nicht unbekannt geblieben sind. (Heiterkeit.)

Was der Abgeordnete von Blankenburg gestern von dem Einflusse gesagt hat, den der christliche Sinn auf die Arbeit hat, und daß Fleiß und Sparsamkeit allein nicht genügen, Reichthum zu schaffen, ist gewiß nach der einen Seite hin richtig. Fleiß und Sparsamkeit sind sittliche Eigenschaften, und die genügen nicht allein, wirthschaftliche Thätigkeit zu erzielen, dazu bedarf es auch der Entwicklung der intellektuellen Eigenschaften. Der christliche Sinn ist an sich gewiß hoch zu schätzen, aber, m. H., wir haben bisher gesehen, daß jenes Christenthum, dessen Priester im conservativen Lager verehrt werden, mehr auf Stumpfsinn beruht, und als solches nur zu sehr geneigt ist, der intellektuellen Entwicklung keine besondere Pflege angedeihen zu lassen. Das Dogmen- und Priesterthum tödtet den lebendigen Geist; wo die Kirchenpartei des Staates sich bemächtigt und die sociale Frage in die Hand genommen hat, da sehen Sie anstatt der Selbsthilfe das Almosenwesen mit seinen ganzen demoralisirenden Folgen. Sie wissen, was sich im Jahre 1857 in Belgien zugetragen hat, Sie kennen die Bewegung, die sich damals gegen die Wohlthätigkeitsanstalten der clericalen Partei richtete und zum Sturze des damaligen Ministeriums führte.

Nun, m. H., es ist auch in der That eine eigentümliche Lösung der socialen Frage, welche die Priesterpartei dahin erzwungen hat, daß 25 pCt. der belgischen Bevölkerung Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen. Das ist es, was ich in Bezug auf den christlichen Sinn zu sagen habe. Ich lasse mir dabei kein Priesterthum aufbürden. (Beifall.) — Ich komme nun zu dem Hauptstück der Wagnerschen Deduction, zu dem, was er als das System seiner Partei bezeichnet hat. Er will das französisch-imperialistische System (Staats-Unterstützung und Aufsicht) und das englisch-parlamentarische (Selbsthilfe) mit einander verschmelzen. Also, m. H., Selbsthilfe mit etwas Staatsaufsicht und unter Staatsaufsicht. Wo da das englische, oder besser gesagt, das germanische Element vertreten sein soll, kann ich wirklich nicht ergründen, denn die Staatszuschüsse alteren von vornherein das Wesen der Selbsthilfe. Selbsthilfe und Selbstverantwortlichkeit, die von der Freiheit nicht getrennt werden können, bedingen sich gegenseitig. Es ist einleuchtend, daß die beiden Systeme nicht combinirt werden können, ohne eine Mißgeburt zu erzeugen. So ist denn auch der Fabrik-Inspector, den Herr Wagners sich konstruirt, als sein wirkliches Kind nicht zu verkennen. Von englischen Folgen keine Spur.

In England nehmen beide Theile die Vermittelung des Fabrik-Inspectors in Anspruch; Herr Wagners will die Lohnregulirung dem freien Uebereinkommen entrücken, und wenn er gegen die französische Präfekten-Wirthschaft protestirt hat, so könnte man ihm füglich entgegenen, daß er mit seinem socialen System noch viel Aergeres einführen würde.

Ich komme nun auf das von der conservativen Partei vertretene System der Staatshilfe; und da meine ich denn, daß die Sache uns nicht so schlimm vorzustellen brauchen; wir können überzeugt sein, daß jene Herren, sowie die Zeit gekommen sein wird, wo ein praktischer Versuch, ihr System zur Ausführung zu bringen, gemacht werden soll, sehr schnell den Rückzug antreten werden. (Heiterkeit.) Diese Herren wollen ja das Coalitionsrecht nicht an sich, sondern sie wollen es mit all den anderen Einrichtungen, welche auf die unmittelbare Staatssaufsicht hinauslaufen. Nun frage ich aber, was in aller Welt sollen denn die Arbeiter mit dem Coalitionsrechte, wenn jene Pläne wirklich zur Ausführung gelangen? Wenn sie selbst das durch Arbeitgeber geworden wären? (Sehr richtig.) Oder sollen wir etwa glauben, daß dieselben Herren, welche im Jahre 1854 das Coalitionsrecht der ländlichen Arbeiter abgeschafft haben, es in lauterer Absicht für andere einführen wollen?

Jene Herren sprechen ferner von der Zinsgarantie des Staates für die Eisenbahnunternehmungen und sie verlangen für ihre Productiv-Associationen die gleichen Garantien von Seiten des Staates. Ich und meine politischen und nationalökonomischen Freunde sind immer prinzipielle Gegner der Staatsgarantie auch in Bezug auf die Eisenbahnen gewesen; aber ich frage Sie, wie kann man die Zinsgarantie der Eisenbahnen mit der Staatsgarantie der gemeinten Productiv-Associationen auch nur entfernt vergleichen? Bietet denn der Staat jene Garantien zum Besten der Unternehmer? Liegt ihm daran, die Taschen der Actionäre zu füllen? Oder hat er nicht vielmehr das allge-

meine Interesse der Verkehrsbelebung im Auge? Wäselich! Es wäre lächerlich, noch ein Wort über diese Analogie zu verlieren.

Lassen Sie mich die Chimäre der Production mit Staatshilfe mit zwei Worten charakterisiren. Ein einfaches Grempl genügt, die Unhaltbarkeit jener Projekte nachzuweisen. Es ist wohl möglich, m. H., daß eine kleine Minorität im Staate auf Kosten der Majorität Vorrechte genießt; es können z. B. wohl 5% auf Kosten von 95% leben, aber wie eine große Majorität von der Minorität soll sustentirt werden können, das ist ein Grempl, zu dessen Lösung mehr gehört, als die Kunst des größten Finanzministers. (Heiterkeit.)

Nur die Minorität kann die Taschen der übrigen Staatsangehörigen in Anspruch nehmen — es kann dies wohl eine kleine, aber mächtige Partei, in deren Händen das Staatsruder liegt, aber umgekehrt, m. H., ist es ein Un Ding. Auf 95 pCt. der Bevölkerung schlagen die Freunde der Staatsunterstützung die Zahl der Unterstützungsbedürftigen an, und sie verlangen für diese 95 pCt. Garantien, weil sie sich selbst nicht helfen können. Wenn das wahr ist, wenn diese Bevölkerung sich selbst nicht vor dem Verkommen schützen kann, wie soll ihr da noch der Staat helfen, dessen größter Theil sie bildet? Zudem würde ja, wenn allen diesen Leuten der Staat helfen sollte, die Staatsmaschine eine noch viel kostspieligere Unterhaltung erfordern, einmal wegen der nothwendigen Vermehrung des Beamtenstandes und weil zweitens die Kräfte der Production entzogen würden. Also dies System ist eitel Chimäre, es steht ihm das „Ein mal eins“ im Wege. (Sehr richtig.) Dieser Zustand ist wohl durchführbar, wo die Minorität auf Kosten der Majorität Vorrechte genießt — umgekehrt ist es ein Ding der Unmöglichkeit, wo bei einer Verstärkung der Ausgaben die Einnahmen vermindert werden durch den herbeigeführten Druck auf die Production und die Verminderung der Steuerkraft. Diese Aufgabe übersteigt Alles, was bisher projectirt ist; sie ist die lächerlichste Chimäre, welche sich denken läßt. (Wiederholte Heiterkeit der Liberalen.)

Aber, m. H., ich glaube, die conservativen Partei versteht das Regieren ganz gut. Ich wiederhole also, daß die Sache nicht so schlimm ist. Die Conservativen werden es nicht so weit kommen lassen. (Große Heiterkeit.) Man wird ein paar schwächliche Versuche mit Musteranstalten machen u. dergl. m., man wird etwa Zuschüsse bei den Wahlen geben, (große Heiterkeit), genug, man wird sich das ausgegebene Geld politisch verzinsen lassen. (Anbauende Heiterkeit.) Ich bin überzeugt, daß, wenn es dieser politischen Partei gelingen sollte, die Fäden der Bewegung in ihre Hände zu bekommen, daß sie dann sich vorzüglich den Rückzug offen halten wird. — Das Kapital genug vorhanden ist für solche Unternehmungen, wer möchte es bezweifeln? Aber das Kapital ist nichts, wenn die leitenden Kräfte fehlen. (Hört.) Und die, m. H., werden sich nicht finden lassen. Es wird das geistige Kapital, es werden Kenntniß und Einsicht fehlen. Und ist denn das Vorhandensein des geistigen Kapitals nicht auch das Wachsen des materiellen Kapitals ganz und gar abhängig? (Sehr richtig!) Diese Befähigung findet sich aber nur sehr allmählich.

Wir haben aus dem Munde der Herren Wagners und v. d. Seydt die Mahnung hören müßten, diese Agitation nicht zur Parteisache zu machen. Ich glaube, daß kein Grund vorliegt, dies von uns zu befürchten. Dazu ist uns die Sache zu ernst. Gestatten Sie mir daher einen Blick auf die Frage selbst und die Bedingungen ihrer Lösung zu werfen. — Die Lösung der socialen oder Arbeiter-Frage liegt in der Hebung der arbeitenden Klassen in ihrer individuellen Lebenslage und gesellschaftlichen Stellung, sie liegt nur in der steigenden Civilisation. (Hört! Hört!) Sie beruht darin, daß durch Dienstbarmachung der Naturkräfte die Arbeit allmählich leichter und ergiebiger gemacht wird, daß die rohesten und auspreudenden Arbeitsmethoden beseitigt und ihre Verrichtungen mehr und mehr befristet werden. Inwiefern sie dadurch den materiellen Gesamtbedarf in immer reichlicherem Maße und mit immer weniger Mühe ermöglicht, theilt sie sich immer größeren Kreisen des Volkes mit und gleicht mehr und mehr die schroffen Klassen-Unterschiede aus.

Die sociale Frage ist demnach keine spezifische Frage, die mit irgend einem spezifischen Mittel, gleich dem Wunderpills eines Quackalbers, gelöst werden kann. (Große Zustimmung.) Ich stimme daher vollkommen dem Abg. Waldeck bei, daß alle solche Versuche auf Stumperei hinauslaufen. (Zustimmung.) Die Lösung der socialen Frage fällt vielmehr mit der geistlichen Entwicklung der Menschheit überhaupt zusammen, und nur was die letztere fördert, trägt zu ihrer Lösung bei. Halten wir dies fest, so frage ich Sie: Mit welcher Stirn vindicirt der Abg. Wagners sich und seiner Partei die angemessene Stellung in dieser Frage? Einer Partei, welche das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung, den Fortschritt, bekämpft, die das Element dieser Entwicklung, die Freiheit, für antiquirt erklärt. (Hört, hört!) Weil sie weiß, daß sie mit alledem nicht bestehen kann, daß sie Bildung und Sittigung des Volkes rückläufig machen muß, um sich in ihren Vorrechten zu sichern. Aber so weit sind wir doch gekommen, daß das Volk Wort und That unterscheidet. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Die Förderung unseres Vaterlandes und der geschichtliche Entwicklungsgang der conservativen Partei — denn sie war es, welche das Volk um die Früchte von 1813—1815 gebracht hat — beweisen, daß sie mit solchen Phrasen nicht durchkommen. Wir dagegen bescheiden uns ruhig bei unserer Arbeit, bei unserer stillen Thätigkeit. Für uns haben die sociale und die politische Frage dieselben Endziele. Nicht nur gilt es, im verfassungsmäßigen Rechtsstaat einen Bau auf dem Boden der bürgerlichen und wirthschaftlichen Freiheit für alle Klassen zu gründen, sondern die Form mit würdigem Inhalt zu erfüllen, sie zu erfüllen mit dem Geiste unseres Jahrhunderts, der da ist der Geist der Humanität. Dazu helfe uns das Volk. (Große Zustimmung.)

Zum Schluß lassen Sie mich eine Antwort geben auf die Drohung mit Bataillonen und was sie sonst noch haben mögen! Lassen Sie mich das tiefinnige Bild von der lassischen Epithy gebrauchen! Die sociale Frage, meine Herren, ist die moderne Epithy. Sie hat eine bunfle, verschwimmende Grenze, wo das Menschliche in das Thierische übergeht. Wehe dem, der an diese Grenze tastet! Er wird die Bestie entfesseln, die mit Löwenklauen ihn packen wird! (Andauernder Beifall.)

Abg. Ziegert als Referent beschließt die allgemeine Discussion. Die Specialdiscussion über sämtliche in Frage stehenden §§ und Amendements beginnt mit einem Vortrage des Abg. von Ni, zu Gunsten seines Amendements. Dann wird auch die auf Weibauers Antrag geschlossene. Bevor man zur Abstimmung schreitet, verlangt das Wort der inzwischen eingetretene Ministerpräsident v. Bismarck. Ich habe neulich mitgeteilt, daß die Verhandlungen über die waldenburger Untersuchungs-Kommission veröffentlicht werden würden. Eine unglückliche Neigung zur Höflichkeit und Unparteilichkeit hat mich verleitet, dieser Erklärung einige anerkennende Worte für die Fabrik des Abg. Reichenheim hinzuzufügen, die dieser Herr als Angriffs-punkte gegen mich und die Arbeiter, die sich beschwert haben, benutzt hat. Zu meiner Verteidigung bin ich genöthigt, auch meinerseits dieser Veröffentlichung vorzugreifen und zu erzählen, wie es kam, daß die Arbeiter eine Audienz bei Sr. Majestät dem Könige erbieten. Sie richteten zunächst und zwar drei von ihnen, im Auftrage von 200 andern, die mit ihrer Namensunterschrift diesen Auftrag bekräftigten, ein Wittgesuch an Sr. Majestät den König, mit dem Antrage, die Deputation dieser drei Leute zu empfangen, damit sie ihre Klagen an den Stufen des Thrones vorlegten.

Bevor ich Sr. Majestät gebeten habe, diese Audienz zu bewilligen, lag es mir ob, mich nach dem Vermund dieser Leute zu erkundigen, und ich ließ deshalb an das betreffende Landrathsamt schreiben. Ich erhielt das befriedigende Zeugniß, daß die drei Leute unbesoldeten seien. Gleichzeitig berichtete das Landrathsamt hierüber an das Ministerium des Innern und erhielt von dort der Sachlage entsprechend die Antwort, daß dem Ministerium des Innern diese Sache vollständig fremd und von dort weder angeregt noch der Empfang einer Deputation beabsichtigt sei. Es war dies um so natürlicher, als wir trotz des intimsten collegialischen Verhältnisses nicht die Gewohnheit haben, uns die eingehenden Dienstnummern mitzutheilen und der eigentliche Ressort-Minister für diese Angelegenheit nicht der Herr Minister des Innern, sondern der Herr Handelsminister ist. So erklärt sich ein Incidensfall, auf den der Herr Abg. Reichenheim nach dem, was mir von seinen Äußerungen zugekommen ist (den stenographischen Bericht habe ich noch nicht gelesen), Gewicht gelegt hat. Um Ihnen die Möglichkeit zu geben, zu beurtheilen, ob diese Petition geeignet war, den Leuten den Zutritt zum Throne zu gönnen, bin ich genöthigt auf den Inhalt der Petition selbst einzugehen, und auf diese Weise der Öffentlichkeit vorzugreifen. Sie werden mir das Zeugniß geben,

das ich dies nicht provoziert habe, und ich werde mich bemühen, aus dem Altenstüde Alles, was für Herrn Reichheim verlegend sein könnte, fortzulassen.

Ich erlaube mir, die Petition mündlich mitzutheilen. Die Wittsteller schreiben an Se. Maj. den König: „Wir Majestät haben es oft und laut ausgesprochen, daß in Preußen es ein altes und heiliges Recht sei, daß der Unterthan — der einzelne wie der ganze Stand — in seiner größten Noth als an seine höchste Instanz sich an seinen König wenden darf. Wir Majestät wollen allergnädigst gestatten, daß wir im Namen und Vollmacht einer großen Anzahl der armen Weber des schlesischen Gebirges — ja, wenn sie den Muth dazu finden können, wohl aller — von diesem heiligen Rechte Gebrauch machen. Wir, die Weber von Wüstegiersdorf und Umgegend im Kreise Waldenburg, glauben noch ein besonderes Anrecht auf Ew. Majestät Schutz zu haben, denn wir sind gleichsam ein Erbe von Allerhöchstem in Gott ruhenden Herrn Vaters und Bruders Majestät.“ Die Wittsteller erzählen darauf, daß sie sich unter der Verwaltung der Seehandlung in bergleisweise besseren Verhältnissen befunden hätten, und bekaupten später, daß die Lohnsätze damals höher gewesen seien. Dies ist nicht begründet. Die Leute haben sich früher wahrscheinlich wohler befunden, weil die Preise der Lebensmittel wohlfeiler waren, oder aus andern Gründen. Die Untersuchungen der Commission haben festgestellt, daß die Löhne gegenwärtig im Durchschnitt höher sind als damals, was indessen nicht ausschließt, daß Einzelne weniger als damals verdienen mögen, und insofern eine bewußte Unwahrheit von Seiten der Leute noch nicht involvirt. Dagegen sind die Löhne in den Jahren 1857 und 1858 beträchtlich höher gewesen, wie die Ermittlungen der Commission ergeben haben, und zwar in Folge der günstigen Conjunctionen, die im Jahre 1858 in's Stoden geriethen und dann einen Rückschlag im Lohne zur Folge hatten. Auch dies giebt einen berechtigten Grund zur Beschwerde der Leute nicht, und ist deshalb auch diese Beschwerde für unbegründet gehalten worden, weil diese Lohnsätze von den Conjunctionen abhängig sind.

Die Beschwerden der Wittsteller sind nicht alle in der Petition an Se. M. den König enthalten, sondern sind zum Theil erst später der Untersuchungs-Commission von ihnen articulirt vorgebracht. Wie weit sie richtig oder unrichtig sein konnten, war deshalb beim Eingange dieser Witschrift nicht zu überleben.

Unter den später vorgebrachten Beschwerden befand sich eine Klage über die Verwaltung der Krankenliste. Diese hat sich als unbegründet erwiesen, indem die Krankenliste revidirt worden und in regelmäßigen Zustände befunden ist; es schließt auch dies nicht aus, daß der Einzelne unbewußt eine Unwahrheit sagte in der Meinung, Ursache zur Klage zu haben. Ich glaube es den Leuten schuldig zu sein, sie gegen die Anschuldigung der bewußten Unwahrheit in Schutz zu nehmen. Es folgen dann Personalien, die ich übergebe; dann folgen Klagen, daß seit dem Jahre 1858 die Löhne herabgedrückt seien: „Seit dem Jahre 1858 aber, während die Preise aller Bedürfnisse gestiegen sind, wird von den Gebr. Reichheim, namentlich Gebr. Kaufmann, ein System der Herabdrückung der Arbeitslöhne geübt, das alle Familien der Gegend zur Verzweiflung treibt und die größte Noth verbreitet. Gegenwärtig verdient ein mittlerer Arbeiter bei dem größten Fleiß und während 12 Stunden täglicher Arbeit in der Woche durchschnittlich 1 Thlr. 24 Sgr. bis 1 Thlr. 27 Sgr. 6 Pf. — Nur diejenigen, welche die lobnendste Arbeit haben und besondere Arbeitskräfte, bringen es auf 2 Thlr. 23 Sgr.“ Die Ermittlungen der Commission geben einen um eine Kleinigkeit höheren Durchschnittssatz. Ich habe die Erklärungen der Commission zum Theil vorweggenommen, warum seit 1858 die Lohnsätze fielen.

Dann wird in der Anlage A. eine Nachweisung über die verpöblichen Lohnverhältnisse gegeben; es erhebt daraus, daß die Weberlöhne im Durchschnitt 1 Thlr. 27 Sgr. betragen, und daß im März und April der Verdienst etwas geringer ist. Es erklärt sich also daraus die Differenz in den Angaben einigermaßen. Die Preise der Wohnungen sind fortwährend im Steigen, denn trotz aller Verpöbungen bauen die Fabrikherren den Arbeitern keine Wohnungen, ja sie schmälern die Zahl derselben durch Ankauf und Abbruch von Häusern zu ihren Fabrikzwecken und die täglich wachsende Zahl der Arbeiter, die sie heranziehen und die bald einem rettungslosen Proletariat und ihrer Willkür verfallen, da sie nicht mehr die Mittel haben, nach anderen, besser lobnenden Gegenden zu ziehen.“ Die Zahl der Wohnungen hat sich vermehrt, sie ist größer als in früheren Zeiten.

Auch dies hat mir Veranlassung gegeben, diese Beschwerde für unbegründet anzusehen, wiewohl die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, daß die Zahl der Arbeiter außer Verhältnis der Wohnungen gewachsen sei.

Es kommt darauf eine Berechnung der notwendigen Ausgaben eines Arbeiters, ohne auf Licht, Feuerung, Schulgeld, Bekleidung, zu rechnen, und diese Ausgaben werden auf täglich 8 Sgr. 8 Pf. beziffert, eine Summe, die der Durchschnittsverdienst nicht immer erreicht. „Aber das nicht allein, mit der größten Rücksichtslosigkeit wird bei jeder Gelegenheit noch die Arbeit gesmälert und dem Arbeiter Abzug gemacht.“ Das ist eine Klage, die sich den Ermittlungen der Commission entzieht. Es giebt berechtigte Gründe zu einem Lohnabzug, Inwiefern diese immer mit Gerechtigkeit geltend gemacht werden, kann die Commission nicht beurtheilen; sie sieht voraus, daß es geschieht. „Wenn unser wachsendes Gend, das in der Armut des Arbeiters natürlich auch seinen Einfluß auf die Handwerker und Kleinhändler der Gegend ausübt, nicht mehr länger zu ertragen ist, wenn wir es wagen, den Fabrikherren bescheidene Forderungen zu machen, werden wir sofort mit Arbeitsentziehung und Entlassung bedroht.“ Auch diese Beschwerde habe ich nicht begründet finden können. Der Fabrikherr hat das Recht zur Entlassung. Der gesetzliche Termin von 14 Tagen ist stets beobachtet worden, und da, wo er nicht beobachtet worden ist, sind die 14 Tage bezahlt worden.

„Das langsame Hinsiechen und Hinsinken dem kurzen Hungertode vorziehend, müssen sich mit Thränen die Weisten dem schweren Joche fügen — woher sollen sie Hilfe finden, da der Fabrikherr allein nach seinem Vortheil den Lohnsatz bestimmt.“ Das hängt mit dem schriftlichen Petition zusammen, den Arbeitern eine gesetzliche Mitwirkung bei Bestimmung der Lohnsätze einzuräumen.

„König. Majestät! Es ist wahrhaftig eine sprechende Thatsache, daß unter solchen Umständen, unter der Gemüth des drohenden Hungertodes durch die Noth der Fabrikherren 200 Weber, größtentheils Familienväter, es wagen, dennoch zu ihrem letzten Mittel zu greifen, und an Ew. Maj. Thron ihren Ruf um Hilfe und Gerechtigkeit für erbliche Arbeit hiermit niederzulegen.“ Wenn wir von hier gehn müssen ohne Ew. Maj. Beistand, so gehn wir dem größten Gend entgegen, denn unsere Brüder in Wüstegiersdorf haben uns bereits geschrieben, daß die Deputation der Arbeiter, welche in aller Bescheidenheit schriftlich ihre Klagen und Wünsche in den Comptoirs der Fabrikbesitzer Reichheim und Kaufmann einreichten, sofort am 2. d. Mts. ohne Attest entlassen und ihren Frauen gekündigt wurde.“ Mündlich ist mir gesagt worden, daß die Entlassung ohne Attest, oder mit dem Attest, daß die Leute auf ihren eigenen Wunsch entlassen seien, ihr Unterkommen in andern Fabriken wesentlich erschweren und Gesuche um Arbeit in solchen Fällen meist ohne Angabe weiterer Gründe abgelehnt werden.

„Man wollte die Arbeiter zwingen, eine Gegenerklärung zu unterschreiben und ihre Namen unter unserer Vollmacht zurückzunehmen, aber sie haben sich geweigert. Diese himmelstreichende Thatsache gegen arme Arbeiter, die auf gesetzlichem Wege ihre Lage verbessern, die ihr Leben zu den Füßen ihres Königs niederlegen wollen, spricht genügend. Wir sehen in unermesslichen und bescheidenen Verstande außer der l. Gnade nur eine Hilfe durch das Gesetz, das dem Arbeiter auch ein Recht gegeben wird an der Bestimmung des Lohnes für seine Arbeit sich betheiligen zu dürfen, ohne daß gleich das Criminalgesetz ihn als Empörer erklärt. Wir sind bereit, alles, was hier an die Stufen des Thrones gebracht worden ist, ehrlich zu beweisen. Lassen uns Ew. Majestät zu unseren sehnsüchtig und in tiefer Herzensangst hierher schauenden Brüdern und Familien nicht ohne ein Wort der Gnade, nicht ohne die Aussicht auf Ew. Majestät Schutz und eine Verbesserung unserer Lage zurückkehren.“ Diese Witschrift ist von drei Arbeitern unterschrieben, deren etwa 200 mit folgenden Worten ihre Vollmacht beifügen. (Der Herr Minister verliest die Vollmacht).

Ich will nicht daran appelliren, daß man sagt, daß aus zweier Zeugen Mund sich die Wahrheit kundgebe und daß diese Petition und Vollmacht von gegen 200 Arbeitern mit ihrer Namensunterschrift vollzogen worden ist. Ich will gern zugeben, daß das Gend zu Uebertreibungen geneigt ist. Es geht mir das am allerbedeutlichsten aus den vielen bei mir täglich eingehenden Witschriften hervor. Ein Jeder, der Hilfe sucht, ist geneigt, seine Lage möglichst schwarz, seine Bedürfnisse möglichst grell zu schildern, aber daß der „Nothschrei der Armut“ von dem Herrn Abg. Reichheim hier von der Tribüne dieses Hauses her mit der Bezeichnung der „Lüge“ gebrandmarkt wird, der Ausdruck scheint mir hart! Die Leute sind im Irrthum über die Quelle ihrer Leiden. Sie suchen sie in der speziellen Verfassung der Fabrik, in der sie arbeiten; ihr Horizont reicht vielleicht nicht überall weit genug, um zu erkennen, daß ihre Leiden vielmehr das Resultat der socialen Lage sind, in der sich der Arbeiterstand überhaupt befindet, und ich wiederhole gern, was ich neulich aussprach und was der Abg. Reichheim gestern, wie ich höre, dahin formulirt hat, daß seine Arbeiter nicht schlechter gehalten seien, als die seiner meisten Berufsgenossen. Aber ich frage, mit welchem Rechte hätte ich diesen Leuten den Weg zum Throne versperrt sollen?

Es scheint mir aus dem, was ich über die gestrige Aeußerung des Herrn Abgeordneten gebrüt habe, fast als ob ihm gegenüber die Krone einer Rechtfertigung bedürfte, wenn sie der Stimme der Armen ihr Ohr leibet. Die Könige von Preußen sind nie Könige der Reichen vorzugsweise gewesen, schon Friedrich der Große als Kronprinz sagt: „Quand je serai roi, je serai roi des Peux (Guten).“ Er nahm sich den Schutz der Armuth vor. Dieser Grundgedanke ist von unseren Königen auch in der Folgezeit betätigt worden. An ihrem Throne hat dasjenige Leiden Zuflucht und Gehör gefunden, was entstand in Tagen, wo das geschilderte Gesetz in Widerspruch stand mit dem natürlichen Menschenrecht. Unsere Könige haben die Emancipation der Leibeigenen herbeigeführt, sie haben einen blühenden Bauernstand geschaffen; es ist möglich, daß es ihnen auch gelingen möge, — das erste Bestreben dazu ist vorhanden, — zur Verbesserung der Lage der Arbeiter etwas beizutragen. Der Weg den Klagen der Arbeiter den Zugang zum Throne zu verschließen, wäre meines Erachtens nicht der rechte, und ich habe nicht den Beruf dazu.

Man würde die Frage aufwerfen, wie reich muß denn eine Deputation sein, damit ihr Empfang durch den König nicht den Eindruck eines „Aufs“ macht. Die Schicklichkeit dieses Ausdrucks zu erörtern, liegt mir hier möglicherweise nicht ob, namentlich wenn er in Verbindung mit der Ausdrucksweise „Mißbrauch Sr. Majestät des Königs“, wie behauptet wird, hier zu Tage tritt. Jedensfalls schließe ich daraus, daß, wenn 200 Arbeiter in einer Fabrik, die mit so viel Wohlthun geleitet ist, wie die des Herrn Reichheim, dazu gebracht werden, trotz der Uebel, die sie haben in ihrer häuslichen Lage erwarten, mit dem angebotenen Nothschrei vor den Thron zu treten, hier doch eine Aufgabe vorliegt, die wohl der Mühe lohnt, daß die Gesetzgebung es versuche, ihr näher zu treten. Ich komme dabei auf den weiteren Vorwurf, den der Herr Abgeordnete Reichheim, ich kann kaum mehr sagen, der Regierung gemacht hat, nämlich die Unterstützung der wegen dieser Petition aus der Arbeit entlassenen Weber.

Die Zahlen, — ich könnte vorausschicken, daß die königliche Privatwohlthätigkeit sich der öffentlichen Kritik des Herrn Reichheim entzieht, es ist aber wiederum nicht meine Aufgabe, ihn darauf aufmerksam zu machen, — die Zahlen, die der Hr. Abg. Reichheim angegeben hat, sind erfunden und aus der Luft gegriffen; indessen weit entfernt, auf diesen Irrthum dieselbe harte Bezeichnung anzuwenden, welche der Hr. Abg. Reichheim auf das Vorgehen der Weber anwendet, betrachte ich es eben als einen Irrthum; aber m. H., ich sollte glauben, daß es Dant verdiente, wenn ein mächtiger Monarch mit eigenen Opfern angeht einer großen und schweren Beirrage, es versucht, sich durch eigene Erfahrung darüber zu belehren, welches die Bedingungen des Gedeihens einer Prod.-Association sind und an welchen Klippen dieselbe sei und zu Lande am leichtesten scheitern möchte. In diesem Sinne hat Se. Maj. der König in wahrhaft königlicher und großherziger Weise seine Wohlthat den Webern in Waldenburg und den anderen Bezirken zugewendet (rechts Bravo!).

Abg. Reichheim (vom Bunde): Ich habe, und die stenogr. Berichte werden es beweisen, ausdrücklich hervorgehoben, daß das Wort „größtentheils“ in der Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten mich leider veranlaßt hat, auf diese unglückliche Sache, die in Wüstegiersdorf gespielt hat — und nicht zu meinem Nachtheile — einzugehen. M. H., aus der Petition, die der Herr Ministerpräsident so eben verlesen, werden Sie ersehen haben, daß sie nimmermehr von Arbeitern gemacht worden sein kann. Das hätte ich schon veranlassen sollen, die Sache mit andern Augen anzusehen. Nie ist es mein Wunsch gewesen und niemals habe ich es ausgesprochen, daß den Armen der Weg zum Throne verschlossen sein sollte, ich will ihn für Alle offen haben, auch für die Stadtverordneten, die sich an Se. Majestät wenden wollen. (Beifall.) Die Behörden wissen, daß die Lage der Arbeiter dort nicht eben schlecht ist, daß sie in 2 Jahren, und zwar Arbeiter aller Klassen, ein Kapital von 2300 Thlr. erspart haben. Da der Minister des Innern und der Oberpräsident davon sehr wohl unterrichtet waren, so könnte ich vielleicht noch etwas Anderes sagen, was ich aber, da es meine Person und mein Handlungsbüro betrifft, lieber unterdrücken will. Und da die Zahlen der Petenten mit den wirklichen Thatfachen nicht übereinstimmen, so muß ich zu meinem Bedauern bei dem Ausdruck „Unwahrheit und Lüge“ stehen bleiben.

Nie hat es mir einfallen können, über die Privatwohlthätigkeit Sr. Majestät hier von der Tribüne irgend ein Wort äußern zu wollen. Nein, meine Herren, nur gegen den Rathgeber (Redner weist mit seiner Linken nach dem Ministerpräsidenten) habe ich mich ausgesprochen, daß es nicht richtig sein könne, denselben Personen, welche Unwahrheiten an den Thron bringen, Unterstützungen von eben dem Monarchen zu gewähren, dessen Ansehen hier gemißbraucht worden. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen. Die sechs Personen, von denen auch in der Vorstellung an Se. Majestät die Rede ist, haben allerdings ein Scriptum an mein und an ein anderes Haus überbracht, aber es war nicht unterschrieben und aufgefordert es zu thun, weil darin — ich wiederhole es — Lügen stehn, erklärten sie, sie würden nicht unterschreiben. Weiter gefragt, von wem und wo sie autorisirt seien, erklärten sie immer nur: „Alles auf dem Wege des Gesetzes.“ Eine andere Antwort war aus ihrem Munde nicht herauszubekommen. Daraus mögen Sie erkennen, daß das Ganze nur ein Spiel war, ein so trauriges Spiel, wie es nie gespielt worden ist, zum Nachtheil des Königthums von Gottes Gnaden. (Beifall.) Meine Darstellung von gestern bleibt bestehen, die ganze Thatsache für einen unglücklichen Puff zu halten, der nach einer Richtung, vielleicht nach vielen Richtungen hin Einfluß üben oder Eindruck machen und Bewegungen unterstützen sollte, die nicht im Interesse des Staates ausgefallen wären. (Beifall.)

Ministerpräsident v. Bismarck: Ich will, um an die letzten Worte des Herrn Vordröners anzuknüpfen, ihm zuvörderst erklären, daß ich nicht in der Lage bin, aber meine Competenz als Ministerpräsident, aber meine Bezeichnung, auf Befehl Sr. Majestät des Königs Erkundigungen einzuziehen zu lassen, aber meine Beziehungen zu meinen Herren Kollegen Raths von dem Herrn Redner zu holen oder auf seine Ansichten darüber auch nur einzugehen; ich weiß selbst, was ich darin zu thun und zu lassen habe; die ganze Erörterung würde vermieden sein, wenn der Hr. Abg. Reichheim nicht den Verfassentlichungen vorgegriffen hätte, indem er meine Anerkennung seiner zu sehr escomptirte, um daraus für seine Tendenz Kapital zu machen. Es wird mich das in Zukunft in Anerkennungen vorstühiger machen und ich halte auch diejenigen zurück, die ich etwa noch aussprechen könnte. (Heiterkeit.) Wenn der Herr Abgeordnete sagt, daß ihn das Wort „größtentheils“ ärgere, so glaube ich, daß ich die Berechtigung dieses Wortes vollständig nachgewiesen habe, indem ich gesagt habe, daß ich den größten Theil dieser Beschwerden gelesen und angewendet auf die Fabrik Reichheim für unbegründet halte.

Ich habe zugleich hinzugefügt, daß einige dieser Beschwerden der Natur sind, daß sie sich der Beurtheilung der Commission entziehen. Ich kann also nicht wissen, ob die Klagen über Härten in der Entlassung, über die Schwierigkeit, bei andern Fabriken Unterkommen zu finden, wenn man von dem Einen entlassen ist, begründet sind; denn die Commission vermag dies nicht zu ermitteln. Wenn der Hr. Abgeordnete darauf aufmerksam macht, daß die Arbeiter die Petition nicht selbst verfaßt haben können, so ist mir das auf den ersten Blick nicht entgangen. Eben deshalb hielt ich es für wichtig, die Leute selbst zu hören, und hielt es für notwendig, daß Se. Majestät nicht unter dem Eindruck der von den Arbeitern nicht geschriebenen, sondern der von den Arbeitern gesprochenen Worte urtheile. Der Hr. Abgeordnete hat auch auf die Ergrüpfung verweisen. Es würde überhaupt zu weit führen, in die ganze Detail-Untersuchung der Commission einzugehen. Wenn die Acten hier wären, würde ich ihnen zeigen, daß sie nicht sind, als daß ein Mensch sie in drei Tagen durchzulesen vermag. Der Hr. Abgeordnete hat mich in die für mich unerquickliche Nothwendigkeit versetzt, in diesen Erörterungen, so weit es zu meiner Rechtfertigung notwendig ist, vorzugreifen. Dadurch bin ich genöthigt gewesen, gewisses mir vorgelegtes Material zu veröffentlichen.

Der Herr Abgeordnete hat wiederholt und mit Emphase das Ganze ein Spiel genannt. Wir, auf der Stelle, wo ich stehe, sind nicht gewohnt, die Klagen der Armut als ein Spiel zu behandeln, (Murren links) und nicht, sie mit der Unschloffenheit in den Wind zu schlagen, wie dies vom Standpunkt des Wohlhabenden, gegen den die Klagen der Armut gerichtet sind, vielleicht gewünscht werden möchte. (Murren links.) Wir sind nicht bereit, zu solchem Spiel uns herzugeben. Wenn der Herr Abgeordnete darauf aufmerksam machte, daß Se. Maj. in Bezug auf seine Privatwohlthätigkeit irgend einen Rathgeber gehabt haben möge, so brauchte er nicht mit so vielen und über die Linie der Grazie hinausgehenden Vesticulationen auf mich zu zeigen. (Heiterkeit.) Der Rathgeber war ich, und glaube ich keinen schlechten Rath gegeben zu haben. (Bravo rechts, Pfiffen links.)

Der Herr Abgeordnete hat den Kunstgriff gebraucht, die irrthümliche Darstellung, die ich als irrthümlich nicht kennen konnte, mir unterzuschieben. Der Vorwurf trifft mich nicht; ich habe keine Ansicht geäußert, ich habe nur das Material vorgelegt, welches mich veranlaßt hat, Sr. Majestät den Empfang dieser Deputation anzurathen. Diese Ergrüpfung, denen gegenüber dieser Nothschrei von 200 fast ausschließlich in der Reichheim'schen Fabrik beschäftigten Arbeitern — sechs oder acht waren aus der Kaufmann'schen Fabrik — nicht ohne Gewicht gewesen sein mag, diese ganzen Ergrüpfungen sind bei manchen sehr bedeutend, namentlich der Führer der Beschwerde, der Weber Paul, wird als Arbeitsgenie bezeichnet, der selbst zugab, daß er wöthentlich

gegen drei Thlr. verdiene. Er gab 2 Thlr. 27/4 Sgr. an, die Commission 3 Thlr., darin liegt der Unterschied, den der Herr Abg. Reichheim zum Vorwurf der Lüge stempelt.

Das Haus schreitet nach Erledigung dieser Episode zur Abstimmung über die auf die Coalitionsfrage bezüglichen Anträge und Amendements. Nach der Fragestellung, die Hr. Präsident Grabow, ohne Widerspruch zu erheben, aufstellt, wird zunächst über das Amendement Wagener, das sich von den Commissionsanträgen am weitesten entfernt, abgestimmt und dasselbe verworfen. (Abg. v. d. Heydt stimmt dagegen.)

Desgleichen wird das Amendement v. Bonin (Verweisung an die Staatsregierung) verworfen (damit stimmen die Rechte, die Katholiken und die Liberalen).

Endlich wird der Antrag Schulze-Faucher mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Nach diesem Botum des Hauses erklärt der Präsident die Reihe seiner Fragestellungen und die gesammte Diskussion für geschlossen, und in demselben Moment bemerkt die Majorität, die sich um jedes Botum über die §§ 183 und 194, die Amendements Zweiten, Meibauer und Weder gebracht hebt, daß hier ein Formfehler begangen sein muß. Die Frage ist nur, wer ihn begangen, und ob und wie er gut zu machen ist. Die Conservativen haben natürlich ein Interesse, bei der vollendeten Thatsache der endgiltig abgeschlossenen Diskussion zu beharren und sich auf die Geschäftsordnung als den einzigen Schutz der Minorität zu berufen. Herr v. Gottberg legt förmlichen Protest ein gegen jeden Versuch, die vollzogenen Abstimmungen zu annulliren und zu neuen zu schreiten, obwohl Waldeck, Weder, v. Hennig, v. Rittmann, v. Söbered im Namen ihrer Partei versichern, daß sie in der Voraussetzung fernere Abstimmungen votirt hätten, und doch nicht den Schulze'schen Antrag etwa ablehnen könnten, weil sie die Absicht hatten, für den Commissionsantrag oder eines der Amendements Zweiten u. zu stimmen.

Die Debatte über diese Formfragen nimmt eine volle Stunde ein und ist nicht wiederzugeben. Wir erwähnen nur, daß Schulze seinen Antrag zurückzieht, um, da ein Irrthum obgewaltet hat, eine neue Abstimmung zu ermöglichen und zu erleichtern, daß Grabow seine Fragestellungsmethode, als durch alte Praxis bewährt, beibehält, daß er aber zu einer neuen Abstimmung schreiten will, daß Wagener an den Protest v. Gottberg's mahnt, der für das Herrenhaus der Grund werden könnte, etwaige neue Beschlüsse des Hauses für null und nichtig zu erklären. Endlich bemerkt v. Hennig, daß man sich bescheiden sollte, da die Abstimmungen in der Sache selbst keine wesentliche Entscheidung herbeiführen würden. Und somit hat es bei dem obigen Resultate sein Bemenden.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung (am Sonnabend) will der Präsident die Bank- und die Eisenbahn-Vorlagen setzen. In Betreff der letzteren stellt v. Bodum-Dollfs den Antrag, sie erst dann auf die Tagesordnung zu stellen, wenn der Generalbericht der Budget-Commission an das Haus erstattet ist. Dieser Antrag wird abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit wünscht Reichensperger die Eisenbahn-Vorlagen nicht am Sonnabend verhandeln zu lassen, da sie an diesem Tage nicht fertig zu bringen seien; „haben wir doch gestern Abend einen Antrag zu Hause gefunden, der Licht einen Wendepunkt für die Beratungen dieses Hauses bilden kann“. Der Redner meint damit den „präjudiciellen Antrag von Michaelis und Genossen“, die Verabreichung der Eisenbahn-Vorlagen „so lange auszuschieben, bis ein Gesetz über den Staatshaushalt zu Stande gekommen ist“.

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr (Bankvorlage). Zweitnächste Sitzung Mittwoch (Eisenbahn-Vorlagen).

Berlin, 15. Febr. [Beilage.] Die heutige Nummer der „Vossischen Zeitung“ ist mit Beschlag belegt worden.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 16. Febr. Aus Padua vom 14. d. M. meldet man: In Folge von Demonstrationen gegen einen toscanischen Professor, ist der Gouverneur von Venetien, Loggenburg, angelangt; 80 Studenten sind verhaftet und 200 in die Heimath zurückgeschickt. (Wolff's T. B.)

Paris, 16. Febr. Der „Moniteur“ meldet: Gestern wurde der Handelsvertrag mit Schweden unterzeichnet. (Wolff's T. B.)

New-York, 4. Febr., Abends. Lincoln und Seward sind heute Morgen nach Washington zurückgekehrt. Es hat eine vierstündige Conferenz mit den Commissarien der Südstaaten auf einem Steamer bei Hamptonroads stattgefunden. Die Unterhandlungen sind gescheitert. Die Stellung der Regierungen ist unverändert. Die Commissare der Südstaaten sind nach Richmond zurückgekehrt. (Wolff's T. B.)

Paris, 15. Febr. Die „France“ glaubt zu wissen, daß die römische Curie das Verhalten ihres Nuntius nicht gebilligt, und daß letzterer den im heutigen „Moniteur“ erwähnten Schritt in Folge besonderer von der päpstlichen Regierung erhaltenen Instruktionen gethan hat.

Telegraphische Course und Börse-Nachrichten.

Paris, 15. Febr., Nachm. 3 Uhr. Die 3proz. eröffnete zu 67, 20 in flauer Haltung und sank auf 67, 07. Die Speculanten waren wegen des Inhabts der Ironie de beunruhigt. Als dieselbe um 2 Uhr angeschlagen wurde, erfuhr sie eine fast allgemeine günstige Beurtheilung und verursachte ein Steigen der Course. Die 3proz. hob sich auf 67, 30 und schloß zu diesem Course in fester Haltung. Consols von Mittags 1 Uhr waren 89 1/2 gemeldet. Schluß-Course: 3proz. Rente 67, 30. Ital. 5proz. Rente 65, 15. 3proz. Spanier 40%. 1proz. Spanier 38%. Deister. Staats-Eisenbahn-Aktien 443, 75. Credit-Mobilier-Aktien 963, 75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 548, 75.

London, 15. Febr., Nachm. 4 Uhr. Consols 89 1/2. 1proz. Spanier 39%. Sardinier 79. Mexitaner 27. 5proz. Russen 91 1/2. Neue Russen 89 1/2. Silber —. Türische Consols 51 1/2.

Wien, 15. Februar, Nachm. 2 Uhr. Angenehme Stimmung. Schluß-Course: 5prozentige Metalliques 72, 50. 1854er Loose 87, 75. Bank-Aktien 808, —. Nordbahn 184, 80. National-Anleihe 79, 40. Credit-Aktien 189, 80. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 200, 90. Galizier 227, 75. London 112, 80. Hamburg 85, —. Paris 44, 85. Böhm. Westbahn 163, 50. Creditloose 127, 50. 1860er Loose 94, 80. Lombard. Eisenbahn 246, —.

Frankfurt a. M., 15. Februar, Nachm. 2 Uhr 30 Minuten. In amerikanischer Anleihe lebhaftes Geschäft. Oesterreichische Effekten unbeliebt. Nach Schluß der Börse wurden Amerikaner zu 52 1/2 gehandelt. Neue Finnland. Anl. 83 1/2. Schluß-Course: Ludwigspaten-Berach 147. Wiener Wechsel 104. Darmstädter Bank-Aktien 237 1/2. Darmstädter Bettele-Bank 258. 5prozent. Metalliques 62 1/2. 4 1/2prozent. Metalliques 56. 1854er Loose 76. Deister. Nat.-Anl. 68 1/2. Deister. Franz. Staats-Eisenbahn —. Deister. Bank-Anleihe 845. Oesterreich. Credit-Aktien 197 1/2. Deister. Elisabeth-Bahn 118. Rhein-Nahbahn 30 1/2. Hessische Ludwigsbahn 134. 1860er Loose 84 1/2. 1864er Loose 90 1/2. Böhm. Westbahn 73. Finnländische Anl. —. 6% Vereinigte Staaten-Anl. v. 1862 55 1/2.

Frankfurt a. M., 15. Febr., Abends. Im heutigen Privatverkehr in der Effekten-Societät war das Geschäft in Creditaktien und Amerikaner lebhaft bei großen Umsätzen. Amerikaner fest. Creditaktien 197 1/2—198 1/2, 1860er Loose 84 1/2—84 1/2, Amerikan. Anl. 55 1/2—56.

Hamburg, 15. Febr., Nachm. 2 1/2 Uhr. Hiemlich lebhaft. Amerikaner sehr lebhaft, zwischen 49 1/2—50 1/2 schwankend. Schluß-Course: National-Anl. 69 1/2. Deister. Credit-Aktien 82 1/2. Vereinsbank 107 1/2. Norddeutsche Bank 115 1/2. Rhein. 108 1/2. Nordbahn 75 1/2. Finn. Anl. 82 1/2. 6proz. Verein. Staaten-Anleihe v. 1862 50 1/2. Distonto 2 1/2, 3.

Hamburg, 15. Febr. (Freiemarkt.) Weizen und Roggen loco und Termine ruhig. Del Mai 26, Oktbr. 25 1/2, geschäftslos. Kaffee, Rio halten Inhaber etwas fester, die amsterdamer Auction hat eine gute Lage, reichhaltigere Waare etwas höher, unreichhaltigere niedriger. Zint ruhig.

Liverpool, 15. Febr., Nachm. 1 Uhr. [Baumwolle.] Die Nachrichten aus America haben das Geschäft fast ganz suspendirt; einige wenige Verkäufe sollen zu 1 bis 1 1/2 D. niedriger abgeschlossen sein.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
---	------------	------------------	--------------------------	---------

Breslau, 15. Febr. 10 U. Ab.	331,69	-8,6	SD. 1.	Heiter.
16. Febr. 6 U. Morg.	330,21	-11,2	SD. 1.	Heiter.

Breslau, 16. Febr. [Wasserstand.] D. P. 13 F. 11 B. U. P. 2 F. — 3.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.